

ANDRZEJ KALUZA

Zuwanderer aus Polen in Deutschland

Auf über zwei Millionen wird heute die Zahl der ›Polnischsprachigen‹ in der Bundesrepublik geschätzt. Diese Gruppe macht demnach etwa 2,5 Prozent der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung aus. Aufgrund ihrer Heterogenität erscheint sie jedoch in keiner offiziellen Einwanderungsstatistik. Wenn ihre Zahl irgendwo dokumentiert würde, wären die Polnischsprachigen nach den Türken wahrscheinlich die zweitgrößte Einwanderergruppe in Deutschland. Sie erscheinen aber weder als eine statistische Größe noch als ›polnische Minderheit‹, nicht einmal im kulturellen Sinne, im Bewußtsein der deutschen Gesellschaft – Politik und Medien eingeschlossen.

Wer sind die ›Polnischsprachigen‹?

Der Terminus ›Polnischsprachige‹, der sich auf die Kenntnis und den Gebrauch der polnischen Sprache (oder des schlesischen Dialekts) bezieht, ist der kleinste gemeinsame Nenner einer Gruppe, deren Heterogenität bereits aus der Geschichte ihrer Einwanderung aus Polen nach Deutschland resultiert. Betrachtet werden im folgenden nur die wichtigsten Schübe dieser Einwanderung – für eine komplexe Behandlung dieser Wanderungsbewegung fehlt hier der Raum.

Eine gewisse Rolle im Bewußtsein der Deutschen spielen bis heute die ›Ruhr-Polen‹, die seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung an Rhein und Ruhr sich dort, aber auch in anderen Gebieten (etwa in Berlin) niedergelassen haben. Diese etwa 300 000 ethnischen Polen waren im staatsbürgerlichen Sinne Deutsche aus den östlichen Provinzen Preußens (Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien). Streng genommen handelt es sich dabei also um keine grenzüberschreitende Migration, sondern um eine Binnenwanderung. Interessant ist jedoch, daß es sich dabei um eine ethnisch und kulturell homogene Gruppe handelte, die im Zuge des damals von Bismarck betriebenen ›Kulturkampfes‹ eigene nationale Bewußtseins- und Organisationsformen in Deutschland entwickelte (zum Beispiel in polnischen Sparkassen, Verbänden, Chören, Sportvereinen).

Starke Assimilationsprozesse seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts einerseits und andererseits eine stete Rückwanderung aus Deutschland nach der Wiedergeburt des polnischen Staates 1918, aber auch durch die Verfolgungen im Dritten Reich (bis zum Verbot aller polnischen Organisationen 1939) haben dazu geführt, daß diese Gruppe nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere aber heute, nur eine Randerscheinung unter den Polnischsprachigen in Deutschland

Andrzej Kaluza – Jg. 1963; Dr. phil., studierte Germanistik und Niederlandistik an der Universität Wrocław, promovierte in Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main und ist seit 1999 verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie für Publikationsprojekte am Deutschen Polen-Institut Darmstadt.

1 Vgl. Wóycicki, Kazimierz: Chancen, Brücken zu bauen? Die polnischsprachigen Gruppen in Deutschland – ihre aktuelle Lage und die Perspektiven für die Zukunft, in: Barbian, J.-P./Zybura, M. (Hrsg.): Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1999, S. 135 f.

darstellt.¹ Erwähnenswert ist die Instrumentalisierung dieser ›Alt-Emigration‹ für die polnische Politik in der Nachkriegszeit. Durch die Volksrepublik vor allem in den fünfziger Jahren, aber auch durch national orientierte polnische Parteien heute werden diese de facto nicht mehr vorhandenen ›Ruhr-Polen‹ als Schutzpatron einer starken polnischen Gemeinschaft beschworen und als Legitimation für das gegenwärtige Streben nach einem politischen Minderheitenstatus bemüht, wodurch eine Verbindungslinie von der Migration des 19. Jahrhunderts zur heutigen Situation der Polnischsprachigen in Deutschland konstruiert wird.

Dies ist jedoch irreführend, denn es gibt so gut wie keine Verbindung zwischen diesen in der Regel assimilierten ›Ruhr-Polen‹ und der heterogenen Gruppe der heute in Deutschland lebenden Polnischsprachigen. Die traditionellen Organisationen der ›Ruhr-Polen‹ existieren heute fast nur noch auf dem Papier (der *Bund der Polen in Deutschland* zählte in der Zwischenkriegszeit noch über 60 000 Mitglieder, heute etwa 400). Die meisten Nachkommen der ›Ruhr-Polen‹ sind seit langem assimiliert, sie sprechen kein Polnisch mehr, außer einem polnischen Familiennamen ist ihnen oft nur das Bewußtsein geblieben, daß die Vorfahren Polen waren. Aber allein Familiennamen helfen nicht weiter: Etwa 14 Prozent der deutschen Bevölkerung tragen heute slawische, oft polnische Familiennamen, niemand würde aber heute in Deutschland ernsthaft behaupten, Klaus Bednarz, Michael Opoczynski oder Jörg Pilawa – um nur einige Namen aus der Medienwelt zu nennen – seien Polen oder Vertreter der polnischen Minderheit. Übrigens würde auch in Polen niemand glauben wollen, der Filmregisseur Krzysztof Zanussi oder der ehemalige Außenminister Dariusz Rosati seien Italiener. Fazit: Die ›Ruhr-Polen‹ sind heute eine zu vernachlässigende Größe.

Eine andere Gruppe der Polnischsprachigen in Deutschland steht in direktem Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Nach 1945 sind Hunderttausende polnische Zwangsarbeiter und KZ-Insassen zunächst in Deutschland geblieben. Sie wurden in ›DP-Lagern‹ versorgt, ehe sie mehrheitlich Deutschland in Richtung Polen oder westliches Ausland verließen. Auch polnische Angehörige der alliierten Armeen hielten sich damals in Deutschland auf, viele von ihnen sind aber in den ersten Nachkriegsjahren ausgewandert. Eine genaue Zahl der infolge der Kriegsereignisse in Deutschland verbliebenen Polen ist schwer zu ermitteln, Schätzungen gehen von etwa 40 000 aus, eine ebenfalls eher unbedeutende Zahl.

Die Vertreibung der Deutschen aus den früheren Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg löste die Einwanderung verschiedener Gruppen nach Deutschland aus. In erster Linie handelt es sich dabei um ethnische Deutsche. Unter ihnen gibt es auch Menschen mit ›doppelter Identität‹; zumindest solche, die mit beiden Sprachen aufgewachsen waren.

In Oberschlesien und anderen ehemals deutschen Ostgebieten mit einer angestammten Bevölkerung, die in der Regel von ›schwebendem nationalem Bewußtsein‹ gekennzeichnet war und polnische Dialekte benutzte, wurde diese von Vertreibungen zum großen Teil kaum betroffen. Mit dem Begriff ›Autochthone‹ ist der Anspruch Volkspolens auf diese slawische Bevölkerungsgruppe verdeutlicht

worden, die nun von einer Jahrhunderte dauernden nationalen Unterdrückung ›befreit‹ wurden seien. Offiziell wurden alle ›Autochthonen‹ zu polnischen Staatsbürgern, andere nationale Optionen wurden nicht geduldet. Die ›Autochthonen‹ als Legitimation für die Rückkehr Polens auf altes »Piasten«-Land zu nutzen, entsprach nicht dem Eigenbild dieser Gruppe, denn ihr ›Polentum‹ war oft nur ›ethnographischer‹ Natur (Dialekt, Bräuche, Glaube), was mit einer nationalen Identifikation nach über 700 Jahren jenseits des polnischen Staates nicht gleichgesetzt werden kann.

In Wirklichkeit betrachteten sowohl die polnischen Behörden als auch die polnische Bevölkerung, die sich in diesen Regionen niedergelassen hatte, die ›Autochthonen‹ als nicht ›vollwertige‹ Polen, die Politik des kommunistischen Polens war ihnen gegenüber bis 1989 von Mißtrauen und Diskriminierung gekennzeichnet, was einen steten Migrationsdrang in die Bundesrepublik auslöste. Selbst viele schlesische Aufständische, die in den Jahren 1919 bis 1921 für die Befreiung Oberschlesiens von den Deutschen kämpften, wanderten freiwillig in die Bundesrepublik aus.

Mit diesen Einwanderern ist in Deutschland der Begriff ›Aussiedler‹ (seit 1975 ›Spätaussiedler‹) verbunden. Diese bilden heute die größte Gruppe der ›Polnischsprachigen‹ in Deutschland. Sie wurden direkt nach dem Krieg nicht ›vertrieben‹, auch später nicht ›ausgesiedelt‹, sondern haben in verschiedenen Nachkriegsepochen auf eigenes Betreiben, legal mit Ausreisedokument oder illegal mit Touristenvisum, Polen verlassen. 1956 durften etwa 200 000 Deutsche, darunter auch viele ›Autochthone‹, zum ersten Mal aus Polen offiziell emigrieren. Diese Gruppe ist deswegen interessant, weil die jüngere Generation dieser Gruppe, die zum Teil ein polnisches Abitur hatte, in Polen sozialisiert wurde. Ihre Erfahrungen mit dem polnisch-kommunistischen, aber häufig nur als polnisch erfahrenen Staat und auch mit der zu dieser Zeit weit verbreiteten antideutschen Stimmung unter der polnischen Bevölkerung waren meistens schlecht. Gleichzeitig hat aber diese Gruppe der Zuwanderer viele Elemente polnischer Mentalität, Sprache und Kultur nach Deutschland mitgebracht. Seit Jahrzehnten kann man beobachten, daß viele dieser Deutschen im deutsch-polnischen Dialog aktiv sind und bis heute die polnische Sprache beherrschen.² Nach der Ausreisewelle von 1956 bis 1957 kam die Migration aus Polen bis zum Ende der sechziger Jahre zum Stillstand.

2 Vgl. ebenda, S. 140.

Erst seit Anfang der siebziger Jahre öffneten sich die Schleusen erneut, als Polens Regierung Auslandsreisen für Privatpersonen zuließ. Die deutsch-polnischen Abkommen von 1970 und 1975 über die ›Familienzusammenführung‹, die bestehende Praxis der Anerkennung der ›Autochthonen‹ als Aussiedler in der Bundesrepublik, aber auch eine liberale Zuwanderungspolitik gegenüber ›Ostblockmigranten‹ hatten zur Folge, daß die Einwanderung aus Polen, wo sich die ökonomische Lage zunehmend verschlechterte, bis Ende der achtziger Jahre förmlich explodierte: Zwischen 1980 und 1990 haben sich in Deutschland etwa eine Million Zuwanderer aus Polen niedergelassen.

Im Migrationsgeschehen zwischen Polen und Deutschland stellt das Jahr 1989/90 einen Wendepunkt dar. Bis Ende der achtziger

Jahre kamen nach Deutschland hauptsächlich solche Personen, die sich hier dauerhaft niedergelassen haben. In den neunziger Jahren, nachdem die Bundesrepublik ihre Grenzen gegenüber Migranten aus Osteuropa weitgehend geschlossen hat, wurden legale Möglichkeiten der Zuwanderung aus Polen eingeschränkt. Die bisher größte Gruppe der potentiellen Auswanderer, die ›Autochthonen‹, erhielt 1991 in Polen aufgrund des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages weitgehende Minderheitenrechte, was den Auswanderungsdruck verringerte. Viele von ihnen haben heute neben dem polnischen auch den deutschen Paß, sind also de facto deutsche Staatsbürger im Ausland und dürfen jederzeit nach Deutschland kommen. Sie tun es nicht, weil sie die offenen Grenzen in der Regel zu legalen befristeten Arbeitsverhältnissen in Deutschland und anderen EU-Ländern nutzen. Für Polen, die keinen deutschen Paß besitzen, ist die Zuwanderung nach Deutschland heute nur im Rahmen von zwischenstaatlich vereinbarten, befristeten Arbeitsaufenthalten möglich: Die neuen polnischen Migranten sind Werkvertrags- und Saisonarbeiter. Legale Formen einer dauerhaften Niederlassung für Migranten aus Polen in Deutschland sind heute beschränkt (etwa bei Heirat, bedingt für Selbständige und mittels der Green Card).³

Nicht nur die zuwanderungspolitischen Rahmenbedingungen, sondern auch die Migrationsabsicht ist für den grundlegenden Wandel der Situation ausschlaggebend. Bis 1989 schien eine ›Wende‹ in Polen nicht möglich, weshalb mit einer Ausreise keine Rückkehrgedanken verknüpft waren. Diese hintergründige Motivlage wandelte sich jedoch in den neunziger Jahren völlig, als sich der Transformations- und Demokratisierungsprozeß in Polen stabilisierte, die Ökonomie in eine Aufschwungphase übergang und die Grenzen gleichzeitig durchlässig wurden.

Polnischsprachige in der DDR

Gemessen an der Bundesrepublik gab es in der DDR nur wenige ›Polnischsprachige‹. Sie rekrutierten sich zum Teil aus Vertriebenen, aber auch aus einer Art ›Spätaussiedler‹, denn es gab seit 1956 in Polen lebende Deutsche beziehungsweise ›Autochthone‹, die in die DDR emigrierten. Ihre polnische Teil-Identität mußten sie in der DDR schnell ablegen, da Kontakte zu Polen lange Zeit als verdächtig galten. Seit den siebziger Jahren hat es in der DDR viele Werkvertragsarbeiter aus Polen gegeben, die nach einer bestimmten Zeit in ihre Stammunternehmen nach Polen zurückkehrten. Schließlich gab es eine kleine Zahl von Menschen, die in der DDR geheiratet haben und dort lebten. Insgesamt wird die Zahl der ›Polnischsprachigen‹ in der DDR (in den neuen Ländern) heute auf etwa sieben Prozent der ›Polnischsprachigen‹ in den alten Ländern geschätzt.⁴

Die Polnischsprachigen heute

Wie bereits erwähnt, ließ sich die größte Gruppe innerhalb der heutigen ›Polnischsprachigen‹ zwischen 1980 und 1990 in Deutschland nieder. Hier geht es erstens darum, ob und wie die Zuwanderer aus Polen heute als ethnische Gruppe oder Minderheit in Deutschland zu begreifen sind, und zweitens geht es um die Eingliederung der dauerhaft in die Bundesrepublik eingewanderten Polen.

3 Vgl. Pallaske, Christoph: Die Migration aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er und 1990er Jahren, in: Ders., Die Migration von Polen nach Deutschland. Zu Geschichte und Gegenwart eines europäischen Migrationssystems, Baden-Baden 2001, S. 124.

4 Vgl. Trzecielińska-Polus, Aleksandra: Polacy w Niemczech po obaleniu muru berlińskiego i ich rola w procesie integracji Polski z Europą, in: Holzer, J./Fischer, J. (Red.), Rola Niemiec w procesie integracji Polski z Europą, Warszawa 2001, S. 243 ff.

Neben unterschiedlicher Herkunft, Sozialisierung und nationalen wie kulturellen Identifikationsmustern, die durch die oben geschilderte Einwanderungsgeschichte der ›Polnischsprachigen‹ nach Deutschland bedingt sind, brachte der Umgang deutscher Behörden mit dem Aufenthaltsstatus der Betroffenen weitere Differenzierungen innerhalb dieser Gruppe hervor.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahrzehnten de facto ein Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik. Das Fehlen eines Konzepts für eine schlüssige Migrationspolitik, die in der bürokratischen Praxis durch viele Unübersichtlichkeiten und unterschiedliche Formen des Aufnahmerechts und des Aufenthaltsstatus von Zuwanderern gekennzeichnet ist, wird an kaum einer anderen Gruppe so deutlich wie an den Migranten aus Polen in den achtziger Jahren, wurden sie doch auf der obersten und auf der untersten Stufe der Hierarchieleiter möglicher Aufenthaltstitel positioniert.⁵

Die Zuweisung von verschiedenen Aufenthaltstiteln an die der Migranten stellt ein großes emotionales, aber auch gesellschaftliches Problem dar. Insbesondere waren ›Aussiedler‹ in Deutschland erwünscht, wurden sie doch als Deutsche oder ›Autochthone‹ nach dem Krieg für die Verbrechen der Nazis kollektiv haftbar gemacht, Minderheiten- oder Autonomierechte wurden ihnen in Polen nicht gewährt. Die deutsche Sprache wurde aus der Schule und dem öffentlichen wie privaten Leben verbannt, und Versuche, ihre kulturelle Eigenart zu leben, die nicht in das offizielle Bild paßte, wurden als illoyal angesehen und verfolgt. Für diese Betroffenen, die sich in ganz Osteuropa der deutschen Sprache und Kultur zugehörig fühlten und deswegen diskriminiert wurden, standen laut Rechtslage in der Bundesrepublik die Grenzen nach Deutschland offen.

Die ›Spätaussiedler‹ wurden dafür mit dem vorteilhaftesten Aufenthaltstitel in der Bundesrepublik ausgestattet, sie erhielten nach kurzer Zeit die deutsche Staatsbürgerschaft und hatten Anspruch auf verschiedene Eingliederungshilfen wie Sprachkurse, zinslose Kredite, Sozialwohnungen und anderes mehr. Weitere wichtige Maßnahmen zur Eingliederung der Aussiedler waren zudem die Anerkennung der Bildungs- und Berufsabschlüsse sowie der ungehinderte Zugang zum Arbeitsmarkt und die automatische Aufnahme in die nationalen Sozialversicherungssysteme, womit lückenlos Ansprüche auf Leistungen verbunden waren (Arbeitslosenunterstützung, Rentenzahlungen), auch wenn sie selbst in die Sozialsysteme keine Beiträge eingezahlt hatten (ähnlich wurde auch bei DDR-Flüchtlingen verfahren).

Diejenigen Zuwanderer aus Polen, die nicht als ›Aussiedler‹ kamen, waren weniger ›erwünscht‹, weil ihnen unterstellt wurde, sie seien aus ›wirtschaftlichen Gründen‹ nach Deutschland gekommen. Ihnen stand praktisch nur das Asylverfahren offen, in dessen Rahmen etwa drei Prozent als Asylberechtigte (vor allem Solidarność-Aktivisten) anerkannt wurden. Alle anderen wurden lediglich in die Kategorie ›geduldeter‹, nicht anerkannter Flüchtlinge eingeordnet. ›Duldung‹ heißt soviel wie ›Aussetzung der Abschiebung‹. Sie wurde Flüchtlingen aus Polen in den achtziger Jahren – der Zeit, in der von der Bundesrepublik aus wohlwollend auf Polen als das Land der ›Freiheitskämpfer‹ geschaut wurde – relativ unproblematisch

5 Vgl. Pallaske, Christoph: Die Migration..., a. a. O., S. 128.

gewährt, weil aus politischen Gründen in die Länder Osteuropas nicht abgeschoben wurde.

Die Benachteiligung dieser Gruppe war eher strukturell – kein sicherer Aufenthaltstitel, keine Aussicht auf deutsche Staatsbürgerschaft, kein Zugang zum Arbeitsmarkt, wobei seit Mitte der achtziger Jahre die Beschäftigung von Geduldeten in illegalen Beschäftigungsverhältnissen stillschweigend hingenommen wurde. Eine andere Einschränkung betraf das Verbot von Reisen nach Polen. Dieser unsichere Status hat sich nach 1989 als verhängnisvoll erwiesen, denn mit dem Streichen der Sonderklauseln für ›Ostblockflüchtlinge‹ wurde versucht, geduldete Polen abzuschieben. Tatsächlich ist es aber in nur wenigen Fällen zu Abschiebungen gekommen. In den neunziger Jahren konnten die Betroffenen nach langwierigen Auseinandersetzungen mit den Ausländerbehörden ihren Status in der Regel verfestigen, das heißt in unbefristete Aufenthaltsverhältnisse umwandeln.⁶

6 Vgl. ebenda, S. 129.

Eine genauere Analyse zeigt, daß die Mehrheit der Migranten aus Polen in den achtziger Jahren mit sehr ähnlichen Motiven, nämlich hauptsächlich mit dem Wunsch nach Verbesserung der materiellen Lebensumstände und der individuellen Zukunftsaussichten, in die Bundesrepublik kam. Dabei handelte es sich um eine überwiegend von ›Push-Faktoren‹ getriebene Wanderung, zu denen vor allem Lebensmittelknappheit, Wohnungsnot, Umweltverschmutzung und Unzufriedenheit mit dem politischen System gehörte. Die Migranten hatten zudem ähnliche Sozialisationserfahrungen in der polnischen Gesellschaft und verfügten zum Zeitpunkt der Übersiedlung in der Regel ausschließlich über polnische Sprachkenntnisse.

Der einzige Unterschied, der letztendlich über den Aufenthaltsstatus entschied, lag im nachzuweisenden ›Bekenntnis zum Deutschtum‹ im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens nach dem Bundesvertriebenengesetz. Nur wenn dieses nachgewiesen werden konnte, wurde man ›Aussiedler‹. Speziell bei den ›Aussiedlern‹ aus Polen am Ende der achtziger Jahre zeigt sich aber bei näherem Hinsehen, daß der Großteil von ihnen keine ›Autochthonen‹ waren und offenbar ein ausgeprägtes ›Bekenntnis zum Deutschtum‹ (Sprache, Bräuche) nicht nachweisen konnte. Von 1985 bis 1989 wuchs die Zahl der anerkannten ›Aussiedler‹ stetig an. Schließlich wurde mehr als die Hälfte der Auswanderer mittels des überaus problematischen Nachweises über die ›deutsche Volksliste‹ als Deutsche anerkannt. Dabei handelt es sich um ein Instrument der SS-Germanisierungspolitik in den während des Zweiten Weltkrieges vom Deutschen Reich annektierten polnischen Gebieten. Eine großzügige Auslegung beziehungsweise eine unzureichende Überprüfung der Kriterien führte dazu, daß es den meisten nicht schwer fiel, einen derartigen Nachweis zu erbringen⁷ – oft reichte faktisch der inzwischen unter Spätaussiedlern sprichwörtliche ›deutsche Schäferhund in der Familie‹ aus, um als Deutscher anerkannt zu werden.⁸

7 Vgl. ebenda S. 131.

8 Vgl. Wóycicki, Kazimierz: Chancen, Brücken zu bauen..., a. a. O., S. 141.

Festzuhalten bleibt: Für die Migranten aus Polen in den achtziger Jahren bestand bei zumeist ähnlicher Motivlage und ähnlichem oder gleichem sozialem Hintergrund eine migrationspolitisch bewirkte Asymmetrie zwischen den zugewiesenen Aufenthaltstiteln und den darauf basierenden unterschiedlichen Eingliederungsbedingungen.

Bei der ohnehin schon ausgeprägten Heterogenität der ›Polnischsprachigen‹ trug ein solcher Umgang mit formellen Voraussetzungen zusätzlich zur Selbstverleugnung, zu Integritätskrisen, zum Mißtrauen und zu Konflikten innerhalb der Migranten bei, die in der Regel bis heute fortbestehen.

Die Polnischsprachigen als ›nationale Minderheit‹?

In den achtziger Jahren konnte sich trotz einer zahlenmäßig bedeutenden Zuwanderung eine polnischsprachige Gemeinschaft in Deutschland nicht etablieren: Alles sprach dagegen. Die Aussiedler aus Schlesien wurden von den anderen aufgrund der Ablehnung ihrer polnischen Biographie geringgeschätzt und belächelt. Die ›echten‹ Aussiedler wiederum hielten die Aussiedler aus anderen Teilen Polens, die aufgrund der ›Volksliste‹ einen deutschen Paß erhielten, schlichtweg für ›Betrüger‹. Von den ›Geduldeten‹, die sich auf kein deutschstämmiges Familienmitglied berufen konnten, wurden alle anderen Gruppen mit dem Vorwurf des ›nationalen Verrats‹ konfrontiert. Der politische Kampf der Solidarność-Emigranten blieb den meisten anderen fremd, hatten sie sich doch entschlossen, dem Vaterland den Rücken zu kehren. Hinzu kamen Versuche der kommunistischen Regierung in Warschau, die politischen Zentren der Emigration zu isolieren, und die Bonner Regierung hatte weder ein Konzept für eine Politik gegenüber Polen im allgemeinen noch gegenüber der Gruppe der ›Polnischsprachigen‹ im besonderen.⁹

9 Vgl. ebenda.

Erst nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und den deutsch-polnischen Verträgen von 1990/91 änderte sich die Situation grundlegend: Die ›Autochthonen‹ in Polen erhielten im deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag von 1991 nach internationalen Standards garantierte Minderheitenrechte zugesichert, falls sie sich als Deutsche bekennen wollten. Im Vertrag ist allerdings nicht von einer polnischen Minderheit in Deutschland die Rede, sondern von einer Gruppe von »Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur und Tradition bekennen«; ihr werden kulturelle Rechte zugebilligt.

Warum fehlt jedoch der Begriff ›polnische Minderheit‹ im Vertrag?. Unabhängig von der später noch zu behandelnden Frage, ob die ›Polnischsprachigen‹ in Deutschland eine Minderheit sind, hat dies vor allem mit der restriktiven Herangehensweise der Bundesrepublik an das Problem des Schutzes von Minderheiten auf ihrem Territorium überhaupt zu tun. Die Bundesrepublik erkennt prinzipiell nur die Sorben, Friesen und Dänen als Minderheiten an (dies sind ›territoriale‹ Minderheiten, die über Sonderrechte im Bildungswesen, im Kulturbereich und bei Wahlen nur auf einem ›angestammten‹ Territorium verfügen, zum Beispiel die Dänen nur in Schleswig-Holstein). Diese Rechte sind übrigens durch Länderverfassungen, nicht durch das Grundgesetz garantiert. Diese Haltung resultiert aus der Furcht des Staates Bundesrepublik vor der Notwendigkeit, die zahlreichen Gruppen von Emigranten, darunter solche aus Polen, der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien offiziell als Minderheiten anzuerkennen. Zwei grundsätzliche Befürchtungen liegen dieser Abwehrhaltung zugrunde: Der aktive Schutz der kultu-

rellen Rechte der Minderheiten wäre dann einklagbar und würde einen finanziellen wie verwaltungstechnischen Aufwand von großem Ausmaß nach sich ziehen. Darüber hinaus ist die deutsche Gesellschaft auf eine Anerkennung derartiger Minderheiten nicht vorbereitet.

Als ein möglicher Grund dafür, daß im deutsch-polnischen Vertrag von 1991 nicht von einer polnischen Minderheit gesprochen wird, können allerdings auch Zweifel daran gelten, ob die Polen in Deutschland überhaupt das Bewußtsein einer nationalen Minderheit entwickelt haben – angesichts der geringen Aktivität polnischer Gruppen in Deutschland, der Zersplitterung ihrer Organisationen und der territorialen Verteilung der ›Polnischsprachigen‹ auf das ganze Bundesgebiet. Vor allem letzteres bedeutet, daß Polen Minderheitenrechte eventuell nur in einzelnen Bundesländern erhalten würden. Im Gespräch war zum Beispiel – irrtümlicher- wie bezeichnenderweise – Nordrhein-Westfalen mit seinen ›Ruhr-Polen‹.¹⁰

Auch muß darauf hingewiesen werden, daß der Umfang der Rechte, die im Vertrag den in Deutschland lebenden ›Polnischsprachigen‹ zuerkannt werden, auch wenn diese nicht als Minderheit bezeichnet wurden, faktisch dem Diskriminierungsverbot des Minderheitenstatus entspricht.¹¹ So haben auch die Regelungen des Artikel 20, Absatz 3 des deutsch-polnischen Vertrages in einem bisher nicht gekannten Maß die Eliten der heterogenen ›Polnischsprachigen‹-Gruppe in Deutschland zur Aktivität angeregt. Gerade in den neunziger Jahren ist es zur Gründung einer großen Zahl von Polonia-Organisationen gekommen. *Polonia* – nennt sich die Vertretung der ethnischen Polen im Ausland.

Bei einem großen Konfliktpotential politischer, weltanschaulicher, generationsbedingter und personeller Natur dominieren bei den heutigen Polonia-Organisationen in Deutschland zwei Hauptströmungen. Etwas vereinfachend kann man heute von ›nationalbetonten Patrioten‹ und ›europäischen Pragmatikern‹ sprechen.¹²

Die ›Patrioten‹ nehmen in der Regel eine Anspruchshaltung gegenüber den deutschen Behörden und der polnischen Regierung ein. Sie betonen die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenen Bildungssystems mit national-polnischem Inhalt, fordern Zugang zu den Medien und finanzielle Unterstützung für kulturelle und institutionelle Arbeit. Hinzu kommen ein Hang zu nationaler Symbolik und eine starke katholisch-religiöse Traditionsverbundenheit.

Die ›Pragmatiker‹ dagegen sind der Meinung, Voraussetzung für die Wahrung der polnischen Identität sei eine gelungene Integration – keine Assimilation wohlgerneht – in die deutsche Gesellschaft, die volle Anerkennung der deutschen Rechtsordnung und deren Nutzung für die eigenen Interessen. Die Positionen und Forderungen der Nationalpatrioten finden sie anachronistisch und realitätsfremd. Die Überbetonung polnischer Nationalsymbole sei sinnlos. Was zähle, sei Arbeit zu haben, gute Deutschkenntnisse und gesellschaftlicher Aufstieg. Im Gegensatz zum polnischen Ghetto wollen die ›Pragmatiker‹ eine aufgeschlossene Position als seriöse Partner für deutsche Behörden.

Auf Anregung des Bundesinnenministeriums sollten sich die zersplitterten und zerstrittenen Vertreter der Polen Mitte der neunziger Jahre zu einem Dachverband zusammenschließen, um die Zuwen-

10 Vgl. Graś, Andrzej: *Pozycja prawna Polaków w Niemczech*, in: Wolff-Powęska, A./Schulz, E., *Być Polakiem w Niemczech*, Poznań 2000, S. 171 ff.

11 Vgl. ebenda, S. 171.

12 Vgl. Karwat, Krzysztof: *Polacy w Niemczech: »Patriotyzm« czy »pragmatyzm«*, in: *Dialog* Nr. 1/1996, S. 6 f.

dungen des Bundes zentral zu verwalten, die für kulturelle Vorhaben von gesamtstaatlicher Bedeutung gewährt werden. Das Ergebnis dieser Anstrengungen war die Gründung des Bundesverbandes *Polnischer Rat in Deutschland e.V.*, der 1997 als Dachverband polnischer Organisationen registriert wurde und dem sich die meisten Verbände angeschlossen haben. Einige traditionsreichere Verbände, wie der *Bund der Polen in Deutschland Rodło*, der Verband *Zgoda* und der *Polnische Kongreß in Deutschland* sind dem Dachverband jedoch nicht beigetreten, was von Anfang an Konflikte in sich barg, da die Bundesmittel nur vom *Polnischen Rat* abgerufen werden können. Zu einiger Verwirrung führte die Gründung einer neuen Dachorganisation, des *Konvents der Polnischen Organisationen in Deutschland*, auf Betreiben der Polnischen Botschaft in Köln, dem formal auch der *Polnische Rat*, die frühere Dachorganisation, beitrug. Wenige Wochen danach haben jedoch zwei Verbände den *Konvent* verlassen. Während der *Konvent* von der polnischen Regierung offiziell als Vertretung der Polen in Deutschland anerkannt wird, steht das Bundesinnenministerium diesem Gremium reserviert gegenüber.¹³

Die meisten Führer der Polonia-Organisationen, unter denen die Nationalpatrioten die stärkste Gruppe bilden, kritisieren vor allem die Asymmetrie der Vertragsbestimmungen, die den Polen in Deutschland keine Minderheitenrechte zuerkennen. Sie selbst sehen sie als Vorkämpfer einer großen nationalpolnischen Minderheitenbewegung und wollen gern im Namen von etwa zwei Millionen Polen in Deutschland sprechen. Diese Zahl von zwei Millionen, die ziemlich genau der Zahl aller ›Polnischsprachigen‹ in Deutschland entspricht, wird auch immer wieder bei Polonia-Kongressen in Warschau und bei Stellungnahmen des zuständigen Sejm-Ausschusses erwähnt. Vertreter polnischer Organisationen in Deutschland beklagen zudem, daß es keinen Zusammenhalt innerhalb der Gruppe der ›Polnischsprachigen‹ gebe. Sie sei im öffentlichen Bewußtsein kaum präsent, fände kein Interesse bei den Medien und von politischer Seite gäbe es kein Interesse, polnische Minderheitenstrukturen zu fördern, was insgesamt auf eine bewußte Diskriminierung durch die Bundesrepublik zurückzuführen sei.¹⁴

Die Diskussion wird allerdings unter falschen Voraussetzungen geführt. Die Protagonisten der *Polonia* unterstellen, daß es sich bei den Nachkriegsmigranten aus Polen um ethnische Polen handelt, die an ihrer nationalen Identität festhalten wollen. Ihr Appell an die nationale Identität kann nur einen sehr kleinen Kreis von ›Polnischsprachigen‹ in Deutschland ansprechen, aber nicht die Mehrheit mit gemischter Identität. Ein solcher Appell stößt oft sogar auf Abneigung und ist inakzeptabel für alle diejenigen, die sich zum großen Teil als Deutsche oder als Schlesier fühlen. Diese Personen tragen oft beide Kulturen in sich, ihre Loyalität gilt aber vor allem der Bundesrepublik. Die Formulierung des Freundschaftsvertrages wird demnach bei näherem Hinsehen der soziologischen Realität der heutigen polnischsprachigen Gruppe in Deutschland gerecht: Es gibt hier keine homogene polnische Minderheit, dafür aber eine breite Gemeinschaft von Menschen, die auf die eine oder andere Weise eine intensive Verbindung mit der polnischen Kultur und Sprache haben.¹⁵

13 Vgl. Mrowka, Heinrich: Organizacje polonijne i ich partnerzy niemieccy, in: Wolff-Powęska, A./Schulz, E., Być Polakiem w Niemczech, a. a. O., S. 287.

14 Vgl. Pallaske, Christoph: Heimwärts? Westwärts? Na saksy? Die Zuwanderung aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er und 1990er Jahren und die Gruppe der Polen in Deutschland (mimeo).

15 Vgl. Wóycicki, Kazimierz: Chance, Brücken zu bauen..., a. a. O., S. 142.

Die Wahrnehmung der ›Polnischsprachigen‹ als Minderheit täuscht darüber hinweg, daß offenbar die Bedürfnislage der allermeisten Migranten aus Polen nicht in Richtung der Etablierung von politischen Strukturen einer organisierten polnischen Minderheit zielt. Sie sehen ihre Situation nicht als problematisch an, was eventuell ein Grund gewesen wäre, sich polnischen Organisationen anzuschließen oder an Wahlen zum Ausländerbeirat teilzunehmen. Niemand wird heute daran gehindert, einen Verein zur Pflege seiner kulturellen oder nationalen Identität zu gründen oder ein Netzwerk aufzubauen. Das Problem ist eher, daß es sehr viele solcher Vereine mit nur wenigen Mitgliedern gibt. Anders als bei den ›Ruhr-Polen‹ im 19. Jahrhundert, gegen die sich staatliche Repressionen des Deutschen Reiches im Zuge des Kulturkampfes richteten und die als Reaktion darauf schlagkräftige Verbände und Netzwerke bildeten, kann man das heute fehlende Minderheitenbewußtsein auch darauf zurückführen, daß es keine bewußte, gegen sie gerichtete Diskriminierung seitens der Bundesrepublik gibt.

Nicht diskriminiert, aber angefeindet

Das, was viele Polen als Diskriminierung empfinden, betrifft die fremdenfeindliche Einstellung der Gesellschaft und eine prinzipielle Abwehrhaltung vieler Verwaltungsapparate gegenüber materiellen Ansprüchen der ›Polnischsprachigen‹. Dem Geist des Freundschaftsvertrages entspricht auf deutscher Seite leider nicht immer die Bereitschaft der Verwaltungsbehörden (Kultusministerien, Schulämter usw.), die durch den Vertrag eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den ›Polnischsprachigen‹ zu erfüllen. Vielen Beamten, zumal auf Landes- und Kommunalbene, sind der Inhalt des Deutsch-Polnischen Vertrages und die damit anerkannten kulturellen Rechte der ›Polnischsprachigen‹ nicht bekannt. Dies führt zu Konflikten bei der Vergabe von Zuwendungen für kulturelle Veranstaltungen oder bei der Erteilung muttersprachlichen Unterrichts.

Zehn Jahre nach dem Ende der jüngsten großen Einwanderung aus Polen sind Merkmale einer polnischen Gemeinschaft in Deutschland – nach den Maßstäben der Migrationsforschung – nur sehr schwach ausgeprägt. Zwar gibt es im direkten Lebensumfeld ausgeprägte Netzwerke zwischen den Migranten. Für einen großen Teil der Zuwanderer aus Polen bilden Familienangehörige, Freunde und Bekannte bis heute die wichtigsten Bezugspersonen. Innerhalb dieser Netzwerke wird weiterhin polnisch gesprochen, bestimmte aus Polen mitgebrachte Lebensweisen und Einstellungen bleiben erhalten und werden teils an die Kinder weitergegeben. Im Gegensatz dazu fehlen aber die nach außen sichtbaren Merkmale einer polnischen Gemeinschaft. Weder etablierten sich in den letzten Jahren wirksame polnische Organisationen oder Interessenvertretungen, noch gibt es heute eine nennenswerte territoriale Konzentration von Polen, auch keine nennenswerte Zahl polnischer Restaurants, Lokale, Lebensmittelgeschäfte und Sportklubs. Erkennbar werden Polen als Polen in Deutschland nur bei polnischen Gottesdiensten, die an vielen katholischen Kirchen gehalten werden. An vielen Orten hat sich dabei ein kleiner, spezifisch polnischer Dienstleistungssektor etabliert: der Verkauf polnischer Waren und Zeitschriften, Paketdienste und ähnliches.¹⁶

16 Vgl. Pallaske, Christoph: Heimwärts..., a. a. O., S. 7.

Die Ursachen für die kaum ausgeprägte Bildung einer Gemeinschaft polnischer Migranten sind schwer zu ergründen. Sicher liegt ein wichtiger Grund in der räumlichen Verteilung von Zuwanderern aus Polen. Zweitens kann man sowohl bei Aussiedlern als auch bei Auswanderern polnischer Staatsangehörigkeit eine weit verbreitete Bereitschaft zur Integration erkennen (verstanden als Anpassung an die Lebensumstände der Aufnahmegesellschaft), wodurch sie eher unauffällig sind. Diese Anpassung wird vor allem bestimmt durch den Wunsch, sich in der fremden Umgebung zurechtzufinden, durch schulische und berufliche Aufstiegsstrategien, durch Absicherung der aufenthaltsrechtlichen und sozialen Existenz oder durch das Bedürfnis, soziale Kontakte in der neuen Umgebung zu entwickeln.¹⁷

17 Vgl. ebenda.

Es gibt auch soziopsychologische Gründe, die bewirken, daß die ›Polnischsprachigen‹ wenig in Erscheinung treten. Viele Personen möchten, auch wenn sie zu Hause Polnisch sprechen, in der Öffentlichkeit nicht als Polen erscheinen, da sie Nachteile für sich oder für ihre Kinder befürchten. Die Aussiedler, die sich oft als Deutsche mit polnischer Sozialisation begreifen, haben bis heute Schwierigkeiten, ihre zwiespältige Situation zu bestimmen und selbstbewußt zu leben. Es gab nach 1989 keine öffentliche Diskussion in Deutschland, die diesen Menschen hätte helfen können, positiv mit ihrer doppelten Identität umzugehen.

Das Schicksal einer so großen Gruppe mit einer interessanten gemischten kulturellen Herkunft darf aber keinem an europäischer Integration Interessierten in Deutschland und Polen gleichgültig bleiben. Diese Menschen könnten eine wichtige Rolle als Brückenpfeiler in den deutsch-polnischen Beziehungen spielen. Die öffentliche Sichtbarkeit und adäquate Präsenz dieser Gruppe wäre schon ein wichtiger Vermittlungsfaktor innerhalb der deutschen Bevölkerung. Daß man die mit der polnischen Kultur verbundenen Personen nicht als ›Exoten‹ betrachtet, sondern als Menschen, die in der direkten Umgebung wohnen und arbeiten, die sich als Deutsche fühlen und gleiche Werte teilen, könnte zum Abbau von Stereotypen und zur Vermittlung des Wissens über Polen in der Aufnahmegesellschaft beitragen.

Umgekehrt könnten die ›Polnischsprachigen‹ zur Verbreitung des Wissens über Deutschland, über das Alltagsleben, Sozialordnung und Kultur dieses Landes in der polnischen Gesellschaft beitragen. Durch die räumliche Nähe und die bestehenden Bindungen zu ihrem Geburtsland bilden sie eine ungewöhnlich mobile Gruppe, die regelmäßig Polen besucht und Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten ihre durch die Teilnahme am sozialen Leben und an der Kultur gewonnenen Erfahrungen weitergibt. Sie beschreiben diese Kultur und die in ihrem Rahmen herrschenden Standards und Normen. Dadurch können sie wirksam zur Entmythologisierung des Bildes von Deutschen in Polen beitragen.

Angesichts dieser außergewöhnlichen Position der ›Polnischsprachigen‹ wäre es wünschenswert, wenn Berlin und Warschau sie endlich in ihrer Heterogenität erkennen und ihnen wichtige Aufgaben übertragen würden. Zuerst aber sollte man diese differenzierte Gruppe besser kennenlernen, mehr über ihre komplizierten Schicksale erfahren und versuchen, für all dies ein wenig mehr öffentliches Interesse zu gewinnen.